



Awacs-Aufklärungsflugzeug bei Betankung
Fortschritte nur bei Mini-Einsätzen

Teilen, ohne abzugeben

Bundeswehr Die Partner in EU und Nato zweifeln an Deutschlands Zuverlässigkeit. Eine extra eingerichtete Bundestagskommission wird keine Hilfe sein.

Angela Merkel will sie, Frank-Walter Steinmeier will sie auch, und Ursula von der Leyen will sie noch mehr. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa sei einer der „Pfeiler unserer internationalen Bündnispolitik“, sagte die Bundeskanzlerin Anfang September im Parlament. Die Verteidigungsministerin kann sich sogar eine europäische Armee vorstellen.

Es gibt nur ein Problem: Eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu mehr sicherheitspolitischer Zusammenarbeit in der EU sind die Deutschen selbst. Sie wollen die volle Souveränität über Einsätze der Bundeswehr im Ausland behalten. Das aber verträgt sich schlecht mit der Idee einer immer enger verzahnten europäischen Verteidigungspolitik.

Die Große Koalition hatte im März auf Drängen der Union eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die über eine Reform des Parlamentsvorbehalts nachdenken sollte, der Bundeswehreinsetze von der Zustimmung

des Bundestags abhängig macht. In der vergangenen Woche zog die Arbeitsgruppe intern eine erste Bilanz. Seither steht fest, dass sich nichts grundlegend ändern wird.

Die Diskussion schwelt seit Jahren. Christdemokraten wie der frühere Verteidigungs- und jetzige Innenminister Thomas de Maizière hatten dafür plädiert, in eng umrissenen Bereichen der europäischen Zusammenarbeit einen sogenannten Vorratsbeschluss einzuführen. Das würde bedeuten, dass das Parlament pauschal seine Zustimmung gibt, wenn Deutschland sich in der Nato wie bisher an einer gemeinsamen Flotte von Awacs-Flugzeugen zur Luftaufklärung beteiligt.

Im Falle eines Einsatzes wäre dann kein weiteres Mandat mehr nötig. Der Bundestag könnte aber verlangen, dass die Bundeswehr abgezogen wird.

Die SPD-Fraktion hält nichts von dieser Idee. „Es wird mit uns keinen Vorratsbeschluss geben“, sagt der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Niels Annen. Dabei hatte Parteichef Sigmar Gabriel schon vor drei Jahren darauf hingewiesen, dass eine wirklich europäische Verteidigungspolitik nur möglich sei, wenn Deutschland Souveränität abgebe. Den Zeitpunkt hatte er wohlweislich in die ferne Zukunft verlegt.

Die Union hatte gehofft, dass die Kommission zumindest einen Schritt in Richtung Vorratsbeschluss machen würde. Doch danach sieht es nicht aus. Allenfalls bei Mini-Einsätzen, an denen ein oder zwei Bundeswehrsoldaten etwa in Hauptquartieren beteiligt sind, sei ein sogenanntes

vereinfachtes Zustimmungsverfahren denkbar, heißt es. Nach Meinung führender Sicherheitspolitiker ist das zu wenig. „Vorratsbeschluss ist ein politisch vergifteter Begriff, aber etwas in dieser Art werden wir brauchen“, sagt der CDU-Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter. Dazu wird es nicht kommen, weil die SPD solche Pläne ablehnt.

Damit steht das Konzept des Zusammenlegens und Teilens infrage, das künftig die Grundlage für eine europäische Verteidigungspolitik bilden soll. Ihm liegt die Idee zugrunde, dass auch die großen Staaten Europas keine Armee mehr bezahlen können, die für jeden denkbaren Einsatz gerüstet ist.

Eine Nation wie Deutschland schafft beim Pooling und Sharing, wie es im Verteidigungsjargon heißt, Transportflugzeuge an, die dann im Ernstfall auch Franzosen oder Briten nutzen dürften. Das funktioniert aber nur, wenn sich die Verbündeten sicher sein können, dass die Bundeswehr im Ernstfall auch kurzfristig bereitsteht – ohne langwierige Debatten im Bundestag.

Daran zweifeln Deutschlands Partner in EU und Nato. Sie haben die Sorge, dass sich der Fall Libyen wiederholen könnte. Im März 2011 mussten die westlichen Alliierten bei dem vom Uno-Sicherheitsrat beschlossenen Lufteinsatz über dem nordafrikanischen Land ohne die deutschen Soldaten für die Awacs-Flugzeuge auskommen. Die Bundesregierung hatte sie abgezogen, weil sie Bedenken gegen den Einsatz hatte. Um die Bundeswehrsoldaten zu ersetzen, mussten die Partnernationen einspringen.

Die Sozialdemokraten weisen zu Recht darauf hin, dass der Bundestag noch keinen Auslandseinsatz blockiert habe, zu dem die Bundesregierung sich entschlossen habe. Auch im Fall Libyen sei es nicht das Parlament gewesen, das den Awacs-Einsatz verhindert habe. Den europäischen Partnern ist es allerdings gleichgültig, wer sich in Berlin aus der Verantwortung stiehlt. Ein Vorratsbeschluss würde beide Seiten stärker binden.

Die Kommission will nun der Bundesregierung empfehlen, den Bundestag einmal im Jahr über die gemeinsamen europäischen Fähigkeiten zu unterrichten. Die Abgeordneten diskutieren noch, wie das Parlament mit dieser Information umgehen soll. Das Verfahren werde dafür sorgen, dass Regierung und Parlament sich politisch gebunden fühlen, heißt es.

Die Union hält das zumindest für einen kleinen Erfolg. Doch ob das wirklich klappt, ist zweifelhaft. Eins scheint dagegen sicher: Die Zweifel der Partner an der deutschen Zuverlässigkeit werden sich auf diese Weise nicht zerstreuen lassen.

Ralf Neukirch

FOTO: US-AIRFORCE / DPA